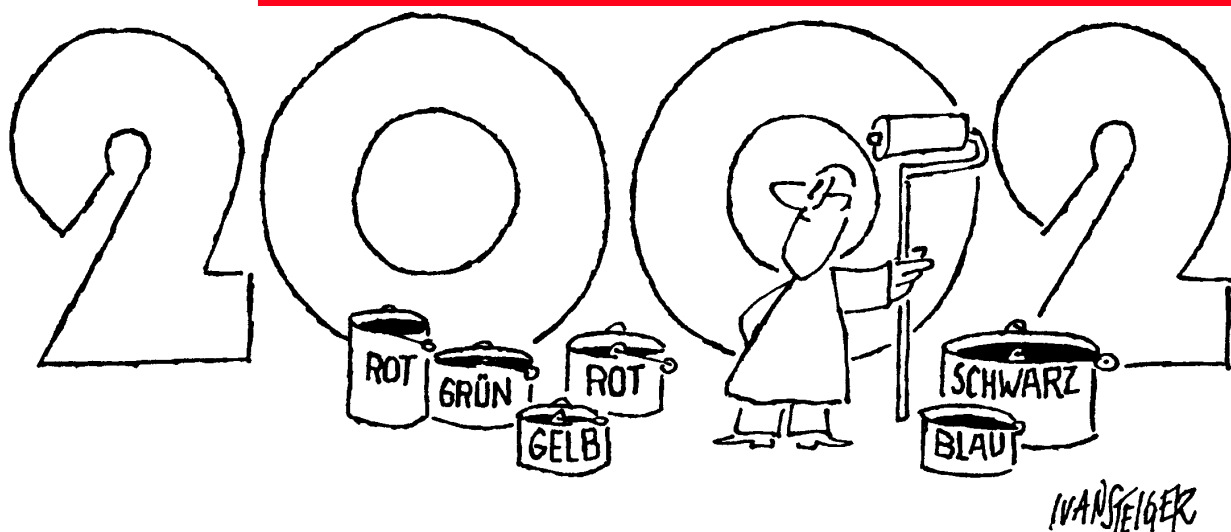


# P & U

# aktuell 12

Die Bundestagswahl  
am 22. September 2002



Zeichnung: Ivan Steiger, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Juni 2002, S. 4

## Aus dem Inhalt

- 1. Es bleibt spannend bis zum Schluss ..... Seite 2**  
Wird Rot-Grün abgewählt? Der Wahlkampf im Spiegel der Karikaturen; Schlagzeilen des Wahljahres; Unterm Strich: Wahlkampf-Allerlei; Was ist wichtig und was nicht?
- 2. Wie bisher gewählt wurde ..... Seite 5**  
Ein Rückblick auf die Bundestagswahl 1998; Die Bundestagswahlen seit 1949; Die Wahlbeteiligung; Abgeordnete aus Baden-Württemberg; Die Landtagswahlen seit 2000
- 3. So funktioniert die Wahl ..... Seite 7**  
Die Wählerinnen und Wähler; Der Stimmzettel; Gültig oder ungültig? Das Wahlsystem; Die neue Wahlkreiseinteilung; Die Ermittlung des Wahlergebnisses; Fünf-Prozent-Klausel und Überhangmandate; Wir testen unser Wissen
- 4. Sie kandidieren in Baden-Württemberg ..... Seite 11**  
Wahlkreiskandidaten und Landeslisten: Ausgewählte Beispiele
- 5. Der Wähler – ein unberechenbares Wesen ..... Seite 12**  
Die neue Beweglichkeit; Die Volkspartei der Nichtwähler; Erst- und Jungwähler; Neue Wahlkampfstrategien
- 6. Was könnte man anders machen? ..... Seite 13**
- 7. Worum geht es? ..... Seite 14**  
Die Themen im Wahlkampf; Zwei Profis im Kampf ums Kanzleramt
- 8. Unser Wahlquizz ..... Seite 16**

Internet: <http://www.wahl-baden-wuerttemberg.de>



Landeszentrale  
für politische Bildung  
Baden-Württemberg

## 1. Es bleibt spannend bis zum Schluss

### Wird Rot-Grün abgewählt?

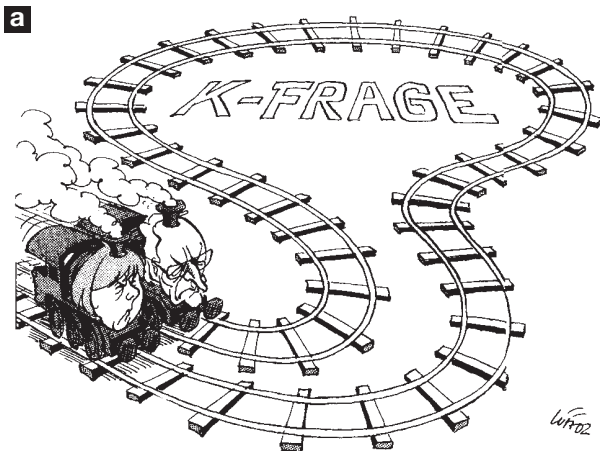
Dieses Mal wird es besonders spannend. Der Ausgang der Wahl ist offen wie selten. Die Union liegt bei den Umfragen deutlich vor der SPD, und der Abstand hat sich zwischen Januar und Mai 2002 weiter zugunsten von CDU/CSU und FDP verschoben. Aber die Demoskopien registrieren andererseits – im Gegensatz zu 1998 – (noch) keine große Wechselstimmung und in den Juni-Umfragen haben SPD und Grüne wieder etwas besser abgeschnitten. Bemerkenswert ist auch, dass mehr als dreißig Prozent der Bundesbürger drei Monate vor dem Wahltag noch unschlüssig waren, welcher Partei sie schließlich ihre Stimme geben werden.

Kann die rot-grüne Koalition weiter regieren oder wird sie nach einem vierjährigen Intermezzo durch eine unionsgeführte Koalition abgelöst? Wird es am Ende gar eine große Koalition geben, weil es weder für SPD und Grüne noch für CDU/CSU und FDP zu einer Mehrheit reicht? Oder sind andere Konstellationen denkbar? Die Wählerinnen und Wähler sind unberechenbarer geworden: Unvorhergesehene Er-

eignisse und aktuelle Stimmungen entscheiden mehr als in früheren Jahren über Wahlergebnisse; deshalb bieten auch Umfragen nur Momentaufnahmen und können nach wenigen Wochen wieder ein ganz anderes Bild zeigen. Entscheidet letztlich das Duell zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und seinem Herausforderer, dem bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber? Oder haben jene Wahlforscher Recht, welche das Gesamtbild der einzelnen Parteien und ihre jeweils erbrachten Leistungen für wahlentscheidend halten? Ungewiss ist zudem, wie sich die übliche Personalisierung des Wahlkampfes auf das Abschneiden der kleineren Parteien auswirken wird.

Im Unterschied zu den vorangegangenen Bundestagswahlen hat die FDP dieses Mal keine Koalitionsaussage gemacht. So ist, wenn die Ergebnisse es zulassen, nach der Bundestagswahl 2002 fast alles möglich: schwarz-gelb, rot-gelb, eine große oder eine Ampelkoalition, aber auch die Fortsetzung der rot-grünen Koalition. Die große Mehrheit der Bundesbürger hält den Ausgang der Bundestagswahlen weiter für offen. Noch im Juni glaubten nur elf Prozent nach einer Umfrage von Infratest, die Wahl sei schon entschieden; 87 Prozent waren gegenteiliger Meinung. Viele Gründe sprechen also dafür, sich bereits im Vorfeld mit der bevorstehenden Bundestagswahl zu beschäftigen.

### Der Wahlkampf im Spiegel der Karikaturen



Endstation Crashkurs?



Ihr Stern – ihr Wegweiser

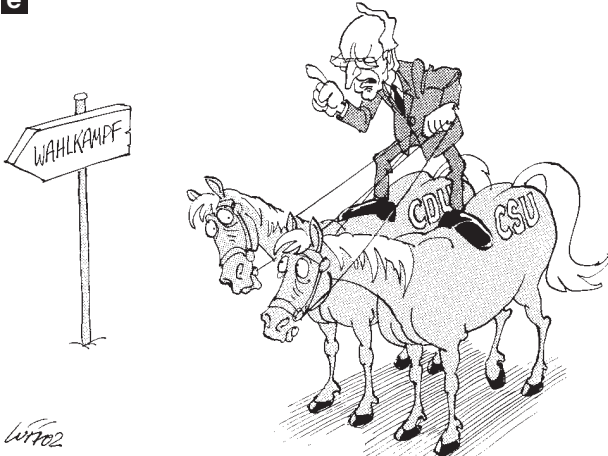


„Ich höre den Konjunkturzug schon kommen!“



Grüne Antriebskraft

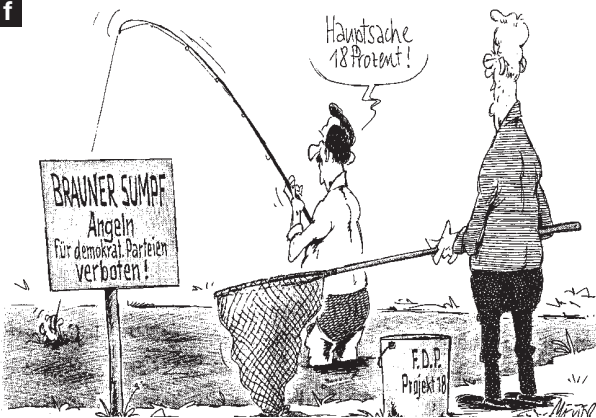
e



WTF02

„Und immer hübsch beieinander bleiben, ja!“

f

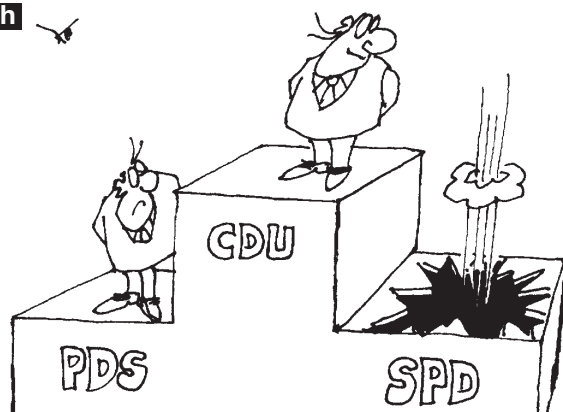


g



Wahlkampfhilfe aus Köln

h



Sachsen-Anhalt

## Zu den Karikaturen

- a** Die so genannte K-Frage (Wer wird Kanzlerkandidat/in der Union – Angela Merkel oder Edmund Stoiber?) wird in der Partei und in der Öffentlichkeit heftig diskutiert. Im Januar 2002 einigen sich beide: Der bayerische Ministerpräsident soll für die CDU und CSU antreten.

Zeichnung: Rolf Henn, Stuttgarter Zeitung vom 8. Januar 2002

- b** Die FDP proklamiert bei ihrem Stuttgarter Dreikönigstreffen im Januar 2002 ihren Anspruch auf 18 Prozent der Wählerstimmen bei der Bundestagswahl.

Zeichnung: Egon Kaiser, Esslinger Zeitung vom 7. Januar 2002, S. 2

- c** Die Meldungen über die Zahl der Arbeitslosen – über vier Millionen im Januar 2002 – versetzen Bundeskanzler Schröder und den Regierungsparteien einen herben Dämpfer.

Zeichnung: Tomicek, Mannheimer Morgen vom 11. Januar 2002

- d** Zum ersten Mal in ihrer Parteigeschichte beschließen die Grünen, mit einem Spitzenkandidaten in den Bundestagswahlkampf zu ziehen – mit Außenminister Joschka Fischer.

Zeichnung: Pepsch Gottscheber, Kölner Stadtanzeiger vom 22. Januar 2002

- e** Als führende Politiker der Unionsparteien sich widersprüchlich zur Steuer- und Verteidigungspolitik äußern, ermahnt sie der Kandidat Stoiber zur Einigkeit.

Zeichnung: Rolf Henn, Stuttgarter Zeitung vom 19. Januar 2002, S. 1

- f** Mit seinen israelkritischen Äußerungen zum Nahostkonflikt provoziert der stellvertretende FDP-Vorsitzende Jürgen Möllemann einen heftigen Streit über den Kurs seiner Partei.

Zeichnung: Mester, Stuttgarter Zeitung vom 21. Mai 2002, S. 1

- g** Noch während der Untersuchungsausschuss die Spendenaffäre der CDU bearbeitet, stört ein Schmiergeldskandal das Wahlkampfkonzept der Bundes-SPD.

Zeichnung: Rolf Henn, Stuttgarter Zeitung vom 9. März 2002, S. 1

- h** Im Oktober 2001 hatte die Berliner CDU bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus große Stimmverluste hinnehmen müssen. Bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt am 21. April 2002 erlebt die SPD ihr Debakel: Sie verliert stark und wird auf die Oppositionsbank verbannt.

Zeichnung: Egon Kaiser, Esslinger Zeitung vom 22. April 2002, S. 1

## Schlagzeilen des Wahljahres

### Fischer wird Spitzenkandidat

Berliner Zeitung vom 16. Januar 2002, S. 1

### Für Schröder wird es eng

Stuttgarter Zeitung vom 25. Januar 2002, S. 1

### Die K-Frage in Nordbaden

Die CDU hat bei ihrer Landesliste ein Frauenproblem  
Stuttgarter Zeitung vom 26. Januar 2002, S. 7

### Die SPD feilt an ihrer „Politik der Mitte“

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 27. Januar 2002, S. 2

### Stoiber kündigt Offensive für Ostdeutschland an

Sächsische Zeitung vom 4. Februar 2002, S. 2

### Schröder ist das Programm

Badische Zeitung vom 25. April 2002, S. 2

### PDS schließt Koalition mit SPD aus

Süddeutsche Zeitung vom 14. Februar 2002, S. 5

### Westerwelle will Kanzler werden

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Mai 2002, S. 1

### Die Wechselstimmung wächst

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Juni 2002, S. 5

### Südwest-SPD lässt auf Landesliste Jüngere nach vorn

Südwest Presse vom 4. März 2002, S. 6

### Zweifel an Stoiber „Er hat zuviel Kreide gefressen“

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. April 2002, S. 1

### FDP will Stärkung des Mittelstands

Stuttgarter Zeitung vom 13. März 2002, S. 2

### Stoiber holt Schavan in Wahlkampfteam

Esslinger Zeitung vom 4. Juni 2002, S. 1

### Umfrage: Rot-Grün holt deutlich auf

Stuttgarter Zeitung vom 8. Juni 2002, S. 1

### Schäuble führt Südwest-CDU in die Wahl

Stuttgarter Zeitung vom 20. April 2002, S. 6

### Stoiber weiter im Aufwind

Esslinger Zeitung vom 9. März 2002, S. 2

### Grüne stehen zur Ökosteuer

Esslinger Zeitung vom 26. März 2002, S. 2

### Rot-Grün fällt weiter zurück

Stuttgarter Zeitung vom 4. Mai 2002, S. 1

### Stoiber: Kasse auf – Eichel: Kasse bleibt zu

Esslinger Zeitung vom 16. April 2002, S. 14

### Offener Machtkampf in der FDP

Stuttgarter Nachrichten vom 6. Juni 2002, S. 1

## Unterm Strich

### Wahlkampf-Allerlei

- Im Wahlkreis Böblingen musste die CDU die Nominierung ihres Kandidaten wiederholen, weil beim ersten Mal handgeschriebene Stimmzettel abgegeben wurden. Das Prinzip der geheimen Wahl war dadurch verletzt.
- Oskar Lafontaine soll seine Rückkehr in die große Politik angekündigt haben, falls Gerhard Schröder bei der Wahl scheitern sollte.
- Als feststand, dass die beiden Spitzenkandidaten sich dieses Mal ein Fernsehduell liefern sollten, wollte Schröder einen Termin möglichst nahe am Wahltag, während Stoiber möglichst früh diskutieren wollte. Schließlich einigte man sich auf zwei Termine: den 25. August und den 8. September.
- Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend will die Kandidaten in allen 299 Wahlkreisen zur Kinder- und Jugendpolitik befragen.
- Die SPD will das Instrument der Wählerinitiativen wieder beleben. Verschiedene gesellschaftliche Gruppen sollen sich unter dem Motto „Wir für Schröder“ organisieren: Jugendliche, Frauen, Senioren, Arbeitnehmer, Sportler und andere.
- Brummi-Fahrer wollen ihrem Ärger über die geplante Lkw-Maut Luft machen. Vorgesehen sind

lautstarke Auftritte bei Veranstaltungen mit dem Bundeskanzler – mit Pauken, Hupen und Trillerpfeifen.

- Die Unionsparteien werben im Internet mit [www.wahlfakten.de](http://www.wahlfakten.de), während die SPD unter [www.nicht-regierungsfahig.de](http://www.nicht-regierungsfahig.de) den Kanzlerkandidaten der Opposition angreift: @mund, formerly known as Stoiber.
- Bundeskanzler Gerhard Schröder hat gerichtlich klären lassen, ob eine Nachrichtenagentur verbreiten darf, er lasse sich die Haare färben.
- Die Grünen in Baden-Württemberg mussten ihre Delegiertenversammlung in Ehingen/Donau abbrechen, weil wegen eines Computerfehlers zwei Delegierte zu viel eingeladen worden waren. Deshalb konnte die Landesliste zunächst nicht ordnungsgemäß aufgestellt werden.
- Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik legten CDU und CSU am 6. Mai 2002 ein gemeinsames Wahlprogramm vor.
- Ungewöhnlich schnell ging der Nominierungsparteitag der Landes-SPD in Baden-Baden zu Ende. Die erstmals genutzte elektronische Abstimmung funktionierte so gut, dass alle früher nach Hause gehen konnten.

## 2. Wie bisher gewählt wurde

### Ein Rückblick auf 1998

Die vergangene Bundestagswahl wies mehrere Besonderheiten auf:

- Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurde eine Bundesregierung durch eine Regierung abgelöst, welche komplett aus bisherigen Oppositionsparteien gebildet wurde. Frühere Regierungswechsel kamen durch den Wechsel einer Koalitionspartei zustande.
- Die Grünen wurden zum ersten Mal auf Bundesebene an einer Regierung beteiligt.
- Die SPD wurde stärkste Partei – mit einem Vorsprung von 5,7 Prozent gegenüber der Union. Bisher war das der SPD nur im Jahre 1972 gelungen. Die SPD verdoppelte nahezu die Zahl ihrer Direktmandate – von bisher 109 auf 212.
- Die SPD gewann dreizehn Überhangmandate, zwölf davon in den neuen Bundesländern. Erst dadurch hatte die rot-grüne Koalition eine komfortable Mehrheit im Bundestag.
- Die Veränderung im Wählerverhalten der Ostdeutschen war besonders auffällig: Die CDU verlor in den neuen Bundesländern deutlich mehr Stimmen als in Westdeutschland (minus 11,1 Prozent); Grüne und FDP blieben dort weit unter fünf Prozent.
- In den neuen Bundesländern war die PDS mit 21,6 Prozent der Zweitstimmen dritte Kraft. Die Partei übersprang zum ersten Mal die Fünf-Prozent-Hürde und zog mit Fraktionsstärke in den Bundestag ein.
- Die rechtsextremen Parteien blieben weit unter fünf Prozent. Der Vergleich der Ergebnisse in Ost und West zeigt jedoch, dass sie im Osten auf größere Zustimmung stoßen als in den alten Bundesländern.



Die neue Rolle im Jahr 1998

Zeichnung: Bensch, Handelsblatt vom 28. September 1998, S. 6

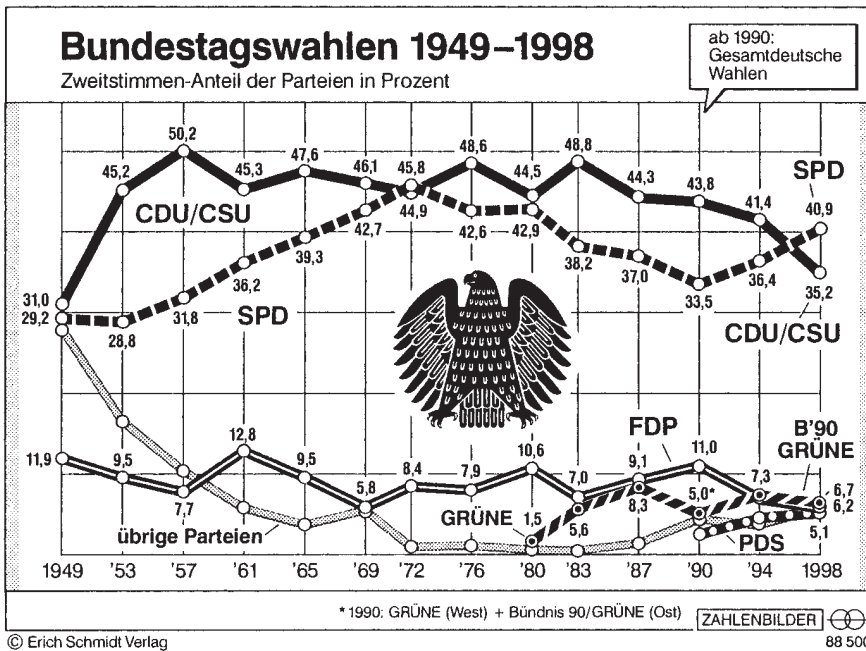
- Die Wahlbeteiligung bei einer Bundestagswahl lag wieder einmal – wie zuletzt 1987 – deutlich über 80 Prozent.
- Als wahlentscheidend bewerteten viele Beobachter den Wunsch der deutschen Wählerinnen und Wähler nach einem Wechsel. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ interpretierte das Ergebnis als ein „Volksbegehren gegen Helmut Kohl“.
- Bei der Bundestagswahl 1998 nahm die CDU auch in allen baden-württembergischen Wahlkreisen bei den Zweitstimmen ab. Die SPD konnte überall in Baden-Württemberg zulegen und entsandte zum ersten Mal 30 Abgeordnete in den Bundestag, davon elf direkt (vier Jahre zuvor kein einziges Direktmandat).
- In Baden-Württemberg erreichte die CDU ihr bestes Zweitstimmenergebnis mit 45,9 Prozent im Wahlkreis Odenwald-Tauber, während die SPD die meisten Zweitstimmen im Wahlkreis Mannheim-Stadt erzielte (45,6 Prozent).
- Während die FDP bei den Zweitstimmen im Bundesgebiet nur 0,6 Prozent einbüßte, waren es in Baden-Württemberg 1,1 Prozent Verlust.

#### Was ist wichtig und was nicht?

Hier sind zwölf mögliche Schwerpunkte für die Arbeit der nächsten Regierung angegeben. Entscheiden Sie bitte, was Sie für wichtig halten, indem Sie Rangziffern vergeben: 1 für die wichtigste Aufgabe, 12 für die am wenigsten wichtige. Vergleichen Sie Ihre Antworten in der Klasse und begründen Sie Ihre Entscheidung. *Das Ergebnis einer Umfrage von 1998 ist auf Seite 6 abgedruckt.*

Priorität	Schwerpunkt	Priorität	Schwerpunkt
_____	Steuerpolitik	_____	Gesundheitswesen
_____	Kriminalität und Drogen	_____	Arbeitslosigkeit
_____	Umweltschutz	_____	(Zu viele) Ausländer
_____	Bildung und Ausbildung	_____	Europäische Integration
_____	Soziale Probleme	_____	Wirtschaftliche Situation
_____	Ausländerfeindlichkeit	_____	Renten und Altersvorsorge

## Die Bundestagswahlen seit 1949



## Das Ergebnis 1998 in Baden-Württemberg

Bundestagswahl 1998.  
Zweitstimmen in Prozent

	Zum Vergleich 1994	
Wahlbeteiligung	83,1	79,7
CDU	37,8	43,3
SPD	35,6	30,7
GRÜNE	9,2	9,6
FDP	8,8	9,9
PDS	1,0	0,8
Sonstige	7,6	5,7

## Zahl der Abgeordneten aus Baden-Württemberg

	1998	1994
CDU	32	37
SPD	30	25
GRÜNE	8	8
FDP	7	8
PDS	1	1

## Die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen

In Prozent; bis 1987 alte Bundesländer ohne Westberlin, seit 1990 alle Bundesländer

1949	78,5	1976	90,7
1953	86,0	1980	88,6
1957	87,8	1983	89,1
1961	87,7	1987	84,3
1965	86,8	1990	77,8
1969	86,7	1994	79,0
1972	91,1	1998	82,2

## Direktmandate in Baden-Württemberg

Bei der Bundestagswahl 1994 hatte die CDU in Baden-Württemberg *alle* Direktmandate errungen. Vier Jahre später eroberte die SPD elf von 37 Wahlkreisen: Stuttgart II, Esslingen, Neckar-Zaber, Karlsruhe-Stadt, Heidelberg, Mannheim I und II, Pforzheim, Freiburg, Lörrach-Müllheim und Tübingen.

### Was ist wichtig und was nicht?

Zu den Fragen, die hier auf Seite 5 abgedruckt sind, hat Infratest-Dimap vor der Bundestagswahl 1998 eine Umfrage durchgeführt. Die Ergebnisse (Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen waren möglich): Arbeitslosigkeit 88, Soziale Probleme 15, Kriminalität und Drogen 13, (Zu viele) Ausländer 11, Steuerpolitik 9, Renten und Altersvorsorge 9, Wirtschaftliche Situation 8, Ausländerfeindlichkeit 5, Bildung und Ausbildung 5, Gesundheitswesen 3, Europäische Integration 3 Prozent.

## Zwischenergebnisse: Die Landtagswahlen seit 2000

In Prozent; in Klammern: Veränderungen gegenüber der jeweils vorangegangenen Wahl

	Schleswig-Holstein 27.2.2000	Nordrhein-Westfalen 14.5.2000	Baden-Württemberg 25.3.2001	Rheinland-Pfalz 25.3.2001	Hamburg 23.9.2001	Berlin 22.10.2001	Sachsen-Anhalt 21.4.2002
SPD	43,1 (+3,3)	42,8 (-3,2)	33,3 (+8,2)	44,7 (+4,9)	36,5 (+0,3)	29,7 (+7,3)	20,0 (-15,9)
CDU	35,2 (-2,0)	37,0 (-0,7)	44,8 (+3,5)	35,3 (-3,4)	26,2 (-4,5)	23,7 (-17,1)	37,3 (+15,3)
FDP	7,6 (+1,9)	9,8 (+5,6)	8,1 (-1,5)	7,8 (-1,1)	5,1 (+1,6)	9,9 (+7,7)	13,3 (+9,1)
GRÜNE	6,2 (-1,9)	7,1 (-2,9)	7,7 (-4,1)	5,2 (-1,7)	8,6 (-5,3)	9,1 (-0,8)	2,0 (-1,2)
PDS						22,6 (+4,9)	20,4 (+0,8)
Schill-Partei					19,4 (+19,4)		4,5 (+4,5)
Sonstige	7,9 (-1,3)	3,3 (-1,8)	6,1 (-5,6)	7,0 (-1,3)	4,2 (-5,0)	5,0 (-2,0)	2,5 (-8,1)
Wahlbeteiligung	64,5 (-2,3)	56,7 (-7,3)	62,6 (-5,0)	70,6 (-3,3)	71,0 (+1,5)	68,2 (+2,7)	56,2 (-15,0)

### 3. So funktioniert die Wahl

#### Die Wählerinnen und Wähler

Bei der Bundestagswahl 2002 dürfen alle deutschen Staatsangehörigen, die am 22. September 2002 mindestens 18 Jahre alt sind, wählen. Ausländische Einwohner – auch solche, die aus den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union stammen und in Deutschland leben, – sind bei den Bundestagswahlen nicht stimmberechtigt.

#### Die Zusammensetzung der Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2002

Bei der Bundestagswahl am 22. September wird es mehr Stimmberechtigte geben als vor vier Jahren. Insgesamt werden rund 61,2 Millionen Deutsche zur Stimmabgabe aufgerufen ... Bei der letzten Bundestagswahl waren es 60,8 Millionen. Der Schätzung zufolge werden die Frauen mit 31,9 Millionen wieder die Mehrheit der Wahlberechtigten stellen. Ihnen stehen 29,3 Millionen Männer gegenüber.

Erstmals an einer Bundestagswahl teilnehmen können nach den Berechnungen der Statistiker etwa 3,3 Millionen Jungwähler (1,7 Millionen Männer und 1,6 Millionen Frauen). Dabei handelt es sich um die Deutschen, die seit der letzten Bundestagswahl 18 Jahre alt und damit wahlberechtigt geworden sind ... Wesentlich größer sein wird allerdings die Gruppe der über 60-jährigen Stimmberechtigten.


Berliner Zeitung vom 31.1.2002, S.8

Jeder Wähler hat zwei Stimmen. Mit der ersten Stimme wählt er einen der Kandidaten, welcher von den Parteien in seinem Wahlkreis aufgestellt worden ist, die zweite Stimme gibt er der Landesliste einer Partei. Dabei *muss* der Wähler die Erststimme für den Wahlkreiskandidaten und die Zweitstimme für die Landesliste *nicht* derselben Partei geben (so genanntes Stimmensplitting). Wird nur eine Stimme abgegeben (entweder nur für einen Kandidaten oder nur für eine Liste), dann ist die *nicht* abgegebene Stimme ungültig, die andere zählt.

Der Wähler hat freilich keinen Einfluss darauf, welche Bewerber in seinem Wahlkreis kandidieren und wie die Landeslisten der Parteien zusammengesetzt sind; darüber entscheiden die Wahlkreis- bzw. Landesdelegiertenkonferenzen der einzelnen Parteien. Wer hier mitbestimmen will, muss Mitglied einer Partei werden.

In Deutschland besteht keine Wahlpflicht. Andererseits können Bürgerinnen und Bürger, die aus wichtigen Gründen daran gehindert sind, persönlich in ihrem Wahllokal zu erscheinen, etwa weil sie krank sind oder am Wahltag arbeiten müssen oder sich außerhalb ihres Wahlbezirkes aufhalten, ihre Stimme per Briefwahl abgeben.

Beispiel eines Stimmzettels von 1998 aus dem Wahlkreis 162 Stuttgart I. An den Stellen, die in der linken Spalte leer sind, kandidiert eine Partei zwar auf der Landesliste, hat aber keinen Bewerber im Wahlkreis. Auf den Plätzen 23 und 24 stehen Wahlkreiskandidaten ohne entsprechende Verankerung auf einer Landesliste.



## Stimmzettel

für die Wahl zum Deutschen Bundestag im Wahlkreis 162 Stuttgart I am 27. September 1998

# Sie haben 2 Stimmen

**hier 1 Stimme**

für die Wahl  
eines/einer Wahlkreis-  
abgeordneten

**Erststimme**

**hier 1 Stimme**

für die Wahl  
einer Landesliste (Partei)

- maßgebende Stimme für die Verteilung der  
Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien -

**Zweitstimme**

1	<b>Henke, Hans Jochen</b> Staatsminister S-West Hausmannstraße 158	<b>CDU</b> Christlich Demokratische Union Deutschlands	<input type="radio"/>
2	<b>Dr. von Weizsäcker, Ernst Ulrich</b> Institutsleiter Bonn Am Alten Forsthaus 26	<b>SPD</b> Sozial- demokratische Partei Deutschlands	<input type="radio"/>
3	<b>Frick, Gisela</b> Bundestagsabgeordnete S-Nahungen Krappengweg 22	<b>FDP/DVP</b> Freie Demo- kratische Partei/ Demokratische Volkspartei	<input type="radio"/>
4	<b>Schlauch, Rezzo</b> Bundestagsabgeordneter, Rechtsanwalt S-Rühr Gökregenweg 28	<b>GRÜNE</b> BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<input type="radio"/>
5	<b>Ehler, Olaf</b> Student S-Ost Weggenbüchel 106	<b>PDS</b> Partei des Demokratischen Sozialismus	<input type="radio"/>
12	<b>Held, Uwe</b> EDV-Techniker Bad Rappenau Krebsbachstr. 20	<b>GRAUE</b> DIE GRAUEN - Graue Panther	<input type="radio"/>
13	<b>Schweikert, Helmut</b> Oberlektorat S-West Röhrenstr. 48	<b>REP</b> DIE REPUBLIKANER	<input type="radio"/>
16	<b>Struzyna, Susanne</b> Kopsenente S-Ost Hagelbergstr. 2	<b>MLPD</b> Marxistisch- Leninistische Partei Deutschlands	<input type="radio"/>
19	<b>Schweizer, Christian</b> Architekt Bad Dittzenbach Lindenstr. 6	<b>NATURGESETZ</b> NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN	<input type="radio"/>
20	<b>Roeder, Klaus</b> Wissenschaftlicher Mitarbeiter S-Güsnau In der Rodung 6	<b>ödp</b> Ökologisch- Demokratische Partei	<input type="radio"/>
23	<b>Janßen, Dieter</b> Krankenschwäger S-Süd Strohberg 15A	Kennwort Wählergruppe „Sozialistische Alternative (SAV)“	<input type="radio"/>
24	<b>Pape, Martin</b> Publizist Frankfurter-Honhard Eulenbock 12	Kennwort Wähler- und Klerikal	<input type="radio"/>

1	<b>Christlich Demokratische Union                  Deutschlands</b> Dr. Wolfgang Schäuble, Matthias Wissmann, Brigitte Baumbauer, Anton Pfeifer, Bernd Schmückauer	1
2	<b>Sozialdemokratische Partei                  Deutschlands</b> Dr. Hans-Dieter Gensler, Dr. Hermann Scheer, Klaus Kirschner, Uta Vogl, Siegmund Mosdorf	2
3	<b>Freie Demokratische Partei/                  Demokratische Volkspartei</b> Dr. Klaus Kinkel, Gerd Frick, Dr. Helmut Hausmann, Ulrich Henrich, Birgit Homburger	3
4	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b> Dr. Ursula Eick, Rezzo Schlauch, Rita Grieshaber, Winfried Hermann, Monika Knoche	4
5	<b>Partei des Demokratischen Sozialismus</b> Dr. Wieland Wolf, Dr. Dorothea Piermont, Ulrike Küller, Dr. Otto Rissler, Ralf Fuchs/Ackerhann	5
6	<b>Anarchistische Pogo-Partei                  Deutschlands</b> Jürgen Osterstiller, Julian Thieroff, Christian Heister, Ralf Wendorf, Rüdiger Himmelsdinger	6
7	<b>Bürgerrechtsbewegung Solidarität</b> Renato Lafiek, Hubertus Mohr, Dr. Helmut Böttger, Bernd Schütz, Dr. Eckhardt Schweizer	7
8	<b>BUND FREIER BÜRGER – OFFENSIVE                  FÜR DEUTSCHLAND, Die Freiheitlichen</b> Josef Hiesinger, Tilm Gatz Ungar, Bernhard Eschenbrenner, Thomas Schäffer, Wolfgang Niel	8
9	<b>CHRISTLICHE MITTE –                  Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten</b> Michael Pätz, Ulrike Wedg, Maria Elisabeth Resper, Bernhard Götz, Bernhard Lankau	9
10	<b>DEMOKRATISCHE PARTEI                  DEUTSCHLANDS</b> Marc Karahmetoglu, Mehmet Toykan, Murat Aslan Seker, Mustafa Cöktaş, Hasan Yıldırım	10
11	<b>DEUTSCHE VOLKSUNION</b> Peter Jürgensen, Manfred Eckert, Matthias Schmitt, Stefan Heydlauf, Michaela Schwindinger	11
12	<b>DIE GRAUEN – Graue Panther</b> Martha-Elisabeth Fischer, Dr. Karl-Uwe Gasi, Christiane Hoffmann-Finkbeiner, Ralf Meiss, Ulfass Emig	12
13	<b>DIE REPUBLIKANER</b> Dr. med. Rolf Schläger, Herbert Basti, Rüdiger Heiser, Karl-August Schaal, Wolfgang Meier	13
14	<b>Feministische Partei DIE FRAUEN</b> Ute Fehrer, Maria Guldhard, Roswitha Stadler, Christa Sobo, Brigitte Lanz	14
15	<b>Initiative Pro D-Mark –                  neue liberale Partei</b> Dr. Hans-Günther Fritz, Helmut Koebel, Viola Gensel, Helmut Weber, Helmut Landert	15
16	<b>Marxistisch-Leninistische Partei                  Deutschlands</b> Gerd Schwab, Richard Heberle, Nuran Cakmakli, Uwe Dachner, Susanne Struzyna	16
17	<b>Mensch Umwelt Tierschutz</b> Maximilian Thiel, Ingeborg Holst, Harald Mohr/Bauer, Manuela Jorg, Ingo Rode	17
18	<b>Nationaldemokratische Partei                  Deutschlands</b> Hannu Hildebrandt, Gertler Deckert, Michael Kneibitz, Siegfried Häge, Mike Layer	18
19	<b>NATURGESETZ PARTEI                  AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN</b> Dr. Günther Herrmann, Enika Groschup, Ute Weller, Michael Floyntner, Armin Rastke	19
20	<b>Ökologisch-Demokratische Partei</b> Verena Föllinger, Ralf Bärenreiter, Bernd Richter, Günther Schreiner, Claudia Nowak-Weber	20
21	<b>Partei Bibeltreuer Christen</b> Gerhard Heurmann, Klaus Becken, Udo Klupke, Jürgen Kuhn, Dieter Indickler	21
22	<b>Partei für Soziale Gleichheit,                  Sektion der Vierten Internationale</b> Dieter Hesse, Günther Köhn	22

Muster

**Gültig oder ungültig?**

Welche Stimmabgabe ist jeweils gültig oder ungültig? Bitte getrennt nach Erst- und Zweitstimmen ankreuzen!

gültig	ungültig	Erststimme	Zweitstimme	gültig	ungültig																
		Beispiel 1 <table border="1" style="width: 100%;"> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input checked="" type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> </table>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input checked="" type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input checked="" type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> </table>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
		Beispiel 2 <table border="1" style="width: 100%;"> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input checked="" type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> </table>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr><td><input checked="" type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> </table>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
		Beispiel 3 <table border="1" style="width: 100%;"> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input checked="" type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input checked="" type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> </table>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> </table>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
		Beispiel 4 <table border="1" style="width: 100%;"> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input checked="" type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> </table>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input checked="" type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> </table>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
		Beispiel 5 <table border="1" style="width: 100%;"> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input checked="" type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> </table>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr><td><input checked="" type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> </table>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
		Beispiel 6 <table border="1" style="width: 100%;"> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> </table>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr><td><input checked="" type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input checked="" type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> </table>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
		Beispiel 7 <table border="1" style="width: 100%;"> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input checked="" type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> </table>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> </table>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
		Beispiel 8 <table border="1" style="width: 100%;"> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input checked="" type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input checked="" type="checkbox"/></td></tr> </table>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input checked="" type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> </table>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																				

Auflösung siehe Seite 9

**Das Wahlsystem**

- Jeder der 299 Wahlkreise entsendet mit den Erststimmen einen Abgeordneten. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen bekommen hat (relative Mehrheit). Der oder die Abgeordnete vertritt den Wahlkreis im Bundestag (Direktmandat).
- 299 weitere Sitze werden aufgrund des Verhältnisses der für die einzelnen Parteien abgegebenen Zweitstimmen vergeben. Das Verhältnis der einzelnen Parteien im Bundestag vertreten sind (Verhältniswahlsystem).
- Durch die Möglichkeit, in den Wahlkreisen Personen direkt zu wählen, erhalten die Wähler im Verhältniswahlsystem einen gewissen Einfluss auf die personelle Zusammensetzung des Parlaments. Man spricht deshalb auch von einer „personalisierten Verhältniswahl“.

Dieses System gewährleistet, dass im Bundestag ein weitgehend getreues Abbild der Wählerschaft entsteht und dass jede Stimme grundsätzlich den gleichen Erfolgswert hat. Lediglich jene Stimmen gehen verloren, die für Parteien abgegeben werden, welche bei der Auszählung unter fünf Prozent der Zweitstimmen bleiben. Der Wählerwille soll sich so in der Volksvertretung möglichst genau widerspiegeln, was bei einem reinen Mehrheitswahlrecht in der Regel nicht der Fall ist. (Die Mehrheitswahl zielt vor allem auf die Entstehung klarer Mehrheitsverhältnisse, während das Verhältniswahlrecht eine möglichst gerechte Vertretung der verschiedenen Kräfte erreichen will.)

**Wahlrechtsgrundsätze und Wahlperiode**

*Artikel 38 Grundgesetz*

- (1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.
- (2) Wahlberechtigt ist, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, wählbar ist, wer das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt.
- (3) Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.

*Artikel 39 Grundgesetz*

- (1) Der Bundestag wird auf vier Jahre gewählt. Seine Wahlperiode endet mit dem Zusammentritt eines neuen Bundestages. Die Neuwahl findet frühestens fünfundvierzig, spätestens siebenundvierzig Monate nach Beginn der Wahlperiode statt. Im Falle einer Auflösung des Bundestages findet die Neuwahl innerhalb von sechzig Tagen statt.
- (2) Der Bundestag tritt spätestens am dreißigsten Tage nach der Wahl zusammen.
- (3) ...



**Die neue Wahlkreiseinteilung**

Dem neuen Bundestag werden mindestens 598 Abgeordnete angehören. Er ist damit deutlich kleiner als sein Vorgänger mit 668 Volksvertretern (darunter 13 Überhangmandate). Eine Reformkommission des Bundestages hat 1998 eine Verringerung und Neu-einteilung der Wahlkreise vorgeschlagen; diese Wahlkreisreform wurde vom Bundestag mit Zweidrittelmehrheit beschlossen. Dahinter steckte die Absicht, die Zahl der Abgeordneten, die sich nach der Vereinigung im Jahre 1990 stark erhöht hatte, zu verringern und so die Arbeitsbedingungen und die Effizienz des Bundestages zu verbessern. Außerdem sollte gewährleistet werden, dass die Größe der Wahlkreise möglichst einheitlich ist. Ein Bundestagswahlkreis hat jetzt durchschnittlich 250 000 Einwohner mit deutscher Staatsangehörigkeit. Abweichungen vom Durchschnitt bis zu 25 Prozent sind zulässig; bei einer größeren Abweichung ist eine neue Abgrenzung der betreffenden Wahlkreise erforderlich.

Die Neuordnung der Bundestagswahlkreise führt dazu, dass die meisten Bundesländer zum Teil deutlich weniger Abgeordnete in den Bundestag entsenden werden. Besonders hart sind Nordrhein-Westfalen und die neuen Bundesländer von diesen Veränderungen betroffen: In Nordrhein-Westfalen gibt es bei der Bundestagswahl 2002 sieben Wahlkreise weniger; die neuen Bundesländer verlieren zusammen 36 Wahlkreise.

Nur Baden-Württemberg (37) und Schleswig-Holstein (11) konnten die Zahl der Wahlkreise halten. Allerdings ist auch Baden-Württemberg von der Neuordnung betroffen. In 13 der 37 Bundestagswahlkreise wurden wegen der veränderten Zahl deutscher Einwohner Anpassungen vorgenommen. Während zum Beispiel Mannheim jetzt nur noch einen Wahlkreis bildet, entstand der Wahlkreis Bruchsal-Schwetzingen völlig neu.

**Die Ermittlung des Wahlergebnisses**

Nach der Schließung der Wahllokale um 18 Uhr werden die gültigen Stimmen – getrennt nach Erst- und Zweitstimmen – ausgezählt und zunächst anhand der Erststimmen die Gewinner der Direktmandate ermittelt. Die Zweitstimmen werden lokal gezählt und dann vom Bundeswahlleiter zusammengefasst. Er stellt aufgrund der für die einzelnen Parteien in ganz Deutschland abgegebenen Zweitstimmen die Zusammensetzung des neuen Bundestages fest.

**Aufösung zu „Gültig oder ungültig?“**  
 Gültige Erststimmen:  
 Beispiele 1, 2, 4, 5 und 7  
 Gültige Zweitstimmen:  
 Beispiele 2, 4, 5 und 8

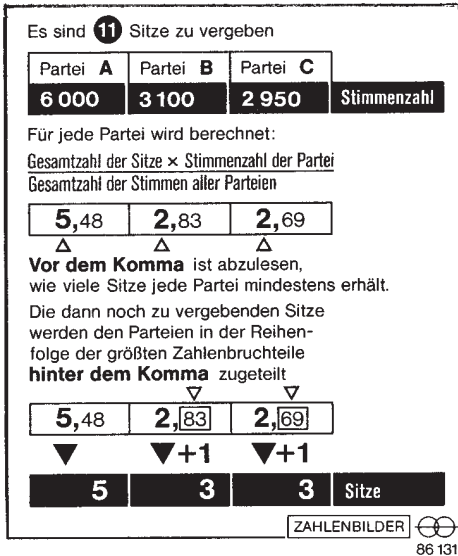


**Wahlkreiseinteilung des Landes Baden-Württemberg für die Bundestagswahl 2002**



Die Zahl der Wahlkreise ist in Baden-Württemberg gleich geblieben, doch wurden in dreizehn Fällen die Wahlkreise neu zugeschnitten.

Karte: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Landesinformationssystem



Bei dieser Berechnung wird das Zählverfahren nach Hare-Niemeyer angewandt (siehe Grafik).

Anschließend werden die von den Parteien jeweils auf Bundesebene errungenen Sitze auf ihre 16 Landeslisten verteilt, und zwar im Verhältnis der für die einzelnen Parteien im jeweiligen Land abgegebenen Zweitstimmen – wiederum nach dem System Hare-Niemeyer. Die von den einzelnen Parteien in diesem Bundesland bereits errungenen Direktmandate werden von der Zahl der ihnen jeweils zustehenden Sitze abgezogen.

**Die Fünf-Prozent-Klausel**

Parteien, die im gesamten Wahlgebiet unterhalb eines Anteils von fünf Prozent der gültigen Stimmen geblieben sind, werden bei der Verteilung der Sitze nicht berücksichtigt (so genannte „Fünf-Prozent-Klausel“). Wenn ein Wahlkreisbewerber jedoch seinen Wahlkreis erobert hat, behält er seinen Sitz im Bundestag auch dann, wenn seine Partei bei den Zweitstimmen an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert ist.

*Eine Ausnahme:* Erzielt eine Partei in drei oder mehr Wahlkreisen das Direktmandat, findet die Fünf-Prozent-Klausel auf sie keine Anwendung; sie wird vielmehr dann bei der Mandatszuweisung aufgrund ihres Zweitstimmenanteils berücksichtigt wie alle jene Parteien, welche fünf Prozent oder mehr der Zweitstimmen erhalten haben. *Ein Beispiel:* Die PDS blieb 1994 bei den Zweitstimmen unter fünf Prozent, zog aber regulär in den Bundestag ein, weil sie eine ausreichende Zahl von Direktmandaten erzielt hatte. 1998 übersprang sie dann knapp die Fünf-Prozent-Hürde.

**Überhangmandate**

Hat eine Partei in einem Bundesland mehr Mandate in den Wahlkreisen direkt gewonnen, als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis eigentlich an Sitzen rechnerisch zustünden, behält die Partei diese zusätzlichen Sitze, denn direkt gewonnene Mandate können nicht aberkannt werden. Das Parlament wird entsprechend größer (so genannte Überhangmandate).

Ein Ausgleich zugunsten der übrigen Parteien findet nicht statt. *Ist das gerecht?* Bei der Bundestagswahl 1994 errang die CDU zwölf, die SPD nur vier Überhangmandate. Das von der SPD regierte Land Niedersachsen reichte daraufhin beim Bundesverfassungsgericht eine Normenkontrollklage ein, welche die Rechtmäßigkeit von Überhangmandaten in Frage stellte, wenn kein Ausgleich für die übrigen Parteien erfolgte. Der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts entschied am 10. April 1997, dass Überhangmandate im geltenden Wahlrecht *nicht verfassungswidrig* seien. Bei der Bundestagswahl 1998 profitierte die SPD von der geltenden Regelung: ihr fielen alle dreizehn Überhangmandate zu, wodurch die knappe Mehrheit der rot-grünen Regierungskoalition deutlich aufgebessert wurde.

**Auflösung zum Wissenstest von dieser Seite:**  
 Falsch sind die Antworten 1 (Mindestalter 18), 3, 4, 5 (alle vier Jahre), 8 und 10.

**Wir testen unser Wissen**

	Richtig	Falsch	Weiß ich nicht
1. Bei Bundestagswahlen dürfen alle deutschen Staatsbürger wählen, wenn sie mindestens 16 Jahre alt sind.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
2. Die Zweitstimmen entscheiden über die Zusammensetzung des Bundestages.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
3. Wer direkt in einem Wahlkreis kandidiert, darf nicht auch noch auf einer Landesliste stehen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
4. Für etwaige Überhangmandate erhalten die anderen Parteien einen Ausgleich.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
5. Bundestagswahlen finden in der Regel alle fünf Jahre statt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
6. Dem neuen Bundestag werden mindestens 598 Abgeordnete angehören.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
7. Die Bundestagswahlkreise sollen möglichst gleich groß sein.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
8. Eine Partei, die weniger als fünf Prozent der gültigen Stimmen erhält, kann auf keinen Fall in den Bundestag einziehen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
9. Die Landeslisten der Parteien werden von Landesdelegiertenversammlungen aufgestellt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
10. Alle Bundesländer entsenden die gleiche Zahl von Abgeordneten in den Bundestag.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Auflösung siehe oben

## 4. Sie kandidieren in Baden-Württemberg

### Kandidaturen in den Wahlkreisen

Die Wahlkreiskandidaten werden je nach Satzung der Parteien durch Delegierte oder durch Mitgliederversammlungen aufgestellt. Dabei sind die Bestimmungen des Bundeswahlgesetzes zu beachten.

### Wahlkreiskandidaten der CDU

Wahlkreis	Kandidat/in
259 Stuttgart I	Hans Jochen Henke
260 Stuttgart II	Angela Schmid
261 Böblingen	Clemens Binninger
262 Esslingen	Markus Grübel
263 Nürtingen	Michael Hennrich
264 Göppingen	Klaus Riegert
265 Waiblingen	Dr. Joachim Pfeiffer
266 Ludwigsburg	Matthias Wissmann
267 Neckar-Zaber	Eberhard Gienger
268 Heilbronn	Thomas Strobl
269 SHA-Hohenlohe	Christian v. Stetten
270 Backnang-Schw. Gmünd	Norbert Barthle
271 Aalen-HDH	Georg Brunnhuber
272 Karlsruhe-Stadt	Ingo Wellenreuther
273 Karlsruhe-Land	Axel Fischer
274 Rastatt	Peter Götz
275 Heidelberg	Dr. Karl A. Lamers
276 Mannheim	Prof. Dr. Egon Jüttner
277 Odenwald-Tauber	Kurt Segner
278 Rhein-Neckar	Bernd Schmidbauer
279 Bruchsal-Schwetzingen	Olav Gutting
280 Pforzheim	Gunther Krichbaum
281 Calw	Hans-Joachim Fuchtel
282 Freiburg	Angelika Doetsch
283 Lörrach-Müllheim	Dorothea N. Störr-Ritter
284 Emmendingen-Lahr	Peter Weiß
285 Offenburg	Dr. Wolfgang Schäuble
286 Rottweil-Tuttlingen	Volker Kauder
287 Schwarzw.-Baar	Siegfried Kauder
288 Konstanz	Hans-Peter Repnik
289 Waldshut	Thomas Dörflinger
290 Reutlingen	Ernst-Reinhard Beck
291 Tübingen	Annette Widmann-Mauz
292 Ulm	Heinz-Georg Seiffert
293 Biberach	Franz Xaver Romer
294 Ravensburg-Bodensee	Dr. Andreas Schockenhoff
295 Zollernalb-Sigmaringen	Dietmar Schlee

### Ausgewählte Wahlkreiskandidaten der SPD

Wahlkreis	Kandidat/in
Stuttgart II	Ute Kumpf
Esslingen	Karin Roth
Neckar-Zaber	Hans-Martin Bury

Karlsruhe-Stadt	Brigitte Wimmer
Heidelberg	Lothar Binding
Mannheim	Lothar Mark
Pforzheim	Ute Vogt
Freiburg	Gernot Erler
Lörrach-Müllheim	Marion Caspers-Merk

### Beispiele von den Landeslisten

Bei der Aufstellung der Landeslisten gibt es in der Regel heftige Auseinandersetzungen um die vorderen Plätze, weil die Zuteilung der Sitze nach dem Zweitstimmenergebnis und der Reihenfolge auf den Landeslisten erfolgt. Besonders attraktiv sind die ersten fünf Plätze, weil die dort Platzierten auf dem amtlichen Stimmzettel namentlich genannt werden.

Wer auf einer Landesliste steht, kann, aber muss nicht in einem der Wahlkreise kandidieren. Die Landeslisten werden in der Regel von Landesparteitagen (Delegiertenversammlungen) beschlossen. Dagegen hat bei der baden-württembergischen CDU ein anderes Verfahren Tradition: Hier entscheiden die vier Bezirke (Nord- und Südbaden sowie Nord- und Südwürttemberg) getrennt über die Besetzung der ihnen zustehenden Plätze auf der Landesliste der Partei. Der Landesparteitag billigt dann lediglich die von den Bezirken vorgeschlagenen Bewerberinnen und Bewerber.

### Die ersten Zehn auf der Landesliste der Südwest-CDU

Die Landesliste der CDU wurde bei einem Parteitag in Sindelfingen beschlossen und umfasst 68 Namen. Hier werden nur die ersten zehn Kandidaten und Kandidatinnen wiedergegeben (in Klammern der jeweilige Bezirksverband). Bei der Wahl 1998 kamen bei der CDU sechs Kandidaten über die Landesliste und 26 direkt zum Zuge.

1. Wolfgang Schäuble (Südbaden)
2. Matthias Wissmann (Nordwürttemberg)
3. Annette Widmann-Mauz (Württemberg-Hohenzollern)
4. Volker Kauder (Südbaden)
5. Bernd Schmidbauer (Nordbaden)
6. Karl A. Lamers (Nordbaden)
7. Ingo Wellenreuter (Nordbaden)
8. Egon Jüttner (Nordbaden)
9. Conny Mayer (Nordbaden)
10. Angela Schmid (Nordwürttemberg)

### Auszug aus der Landesliste der baden-württembergischen SPD

In Klammern der Wahlkreis, in dem der Bewerber/die Bewerberin kandidiert. Bei der Landes-SPD gilt das ungeschriebene Gesetz, dass nur auf die Landesliste kommen kann, wer auch in einem Wahlkreis antritt.

1. Ute Vogt (Pforzheim)
2. Hans-Martin Bury (Neckar-Zaber)
3. Herta Däubler-Gmelin (Tübingen)
4. Walter Riestler (Göppingen)
5. Klaus Kirschner (Rottweil-Tuttlingen)
6. Hermann Scheer (Waiblingen)
7. Marion Caspers-Merk (Lörrach-Müllheim)
8. Gernot Erler (Freiburg)
9. Nicolette Kressl (Rastatt)
10. Ernst von Weizsäcker (Stuttgart I)
11. Hilde Mattheis (Ulm)
12. Hermann Bachmeier (Schwäbisch Hall-Hohenlohe)
13. Karin Rehbock-Zureich (Waldshut)
14. Jörg Tauss (Karlsruhe-Land)
15. Rudolf Bindig (Ravensburg-Bodensee)
16. Ute Kumpf (Stuttgart II)
17. Gert Weisskirchen (Rhein-Neckar)
18. Brigitte Wimmer (Karlsruhe-Stadt)
19. Christian Lange (Backnang-Schwäbisch Gmünd)
20. Marga Elser (Aalen-Heidenheim)
21. Matthias Weisheit (Biberach)
22. Karin Roth (Esslingen)
23. Peter Dreßen (Emmendingen-Lahr)
24. Renate Gradistanac (Calw)
25. Lothar Binding (Heidelberg)
26. Rainer Arnold (Nürtingen)
27. Elvira Drobinski-Weiß (Offenburg)
28. Harald Friese (Heilbronn)
29. Brigitte Adler (Odenwald-Tauber)
30. Susanne Sargk (Konstanz)

### Aus der Landesliste der Südwest-Grünen

Bei einem Parteitag in Freiburg haben die Grünen zwanzig Plätze der Landesliste besetzt. An der Spitze steht traditionell eine Frau, auf den weiteren Plätzen wechseln Frauen und Männer ab. Hier die ersten acht Plätze, jeweils mit dem zugehörigen Wahlkreis in Klammern.

1. Uschi Eid (Nürtingen)
2. Fritz Kuhn (Heidelberg)
3. Birgitt Bender (Stuttgart II)
4. Rezzo Schlauch (Stuttgart I)
5. Kerstin Andrae (Freiburg)
6. Cem Özdemir (Ludwigsburg)
7. Petra Selg (Ravensburg-Bodensee)
8. Winfried Hermann (Tübingen)

### Die ersten Acht bei der FDP/DVP

1. Birgit Homburger
2. Harald Leibrecht
3. Ulrich Heinrich
4. Ernst Burgbacher
5. Dirk Niebel
6. Sibylle Laurischk
7. Helmut Haussmann
8. Felix Glaser

### Spitzenkandidaten der PDS in Baden-Württemberg

1. Winfried Wolf, Horb am Neckar
2. Heide Hänsel, Tübingen

## 5. Der Wähler – ein unberechenbares Wesen

### Die neue Beweglichkeit

Bis zu den siebziger Jahren konnte man bei den Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland von einem relativ stabilen und hohen Stammwähleranteil der vier Parteien CDU, CSU, SPD und FDP ausgehen, die damals das Bild der politischen Landschaft weitgehend bestimmten. Diese Festlegung einer großen Zahl von Wählern auf ihre Partei hat inzwischen immer stärker der Bereitschaft Platz gemacht, auch einmal eine andere – vielleicht sogar eine neue – Partei „auszuprobieren“.

Wo bleiben die Stammwähler der großen Parteien?		
	SPD	CDU
Kernbestand	13%	12%
Randbereich	12%	11%

Die Zeit vom 15. Februar 2002, S. 3

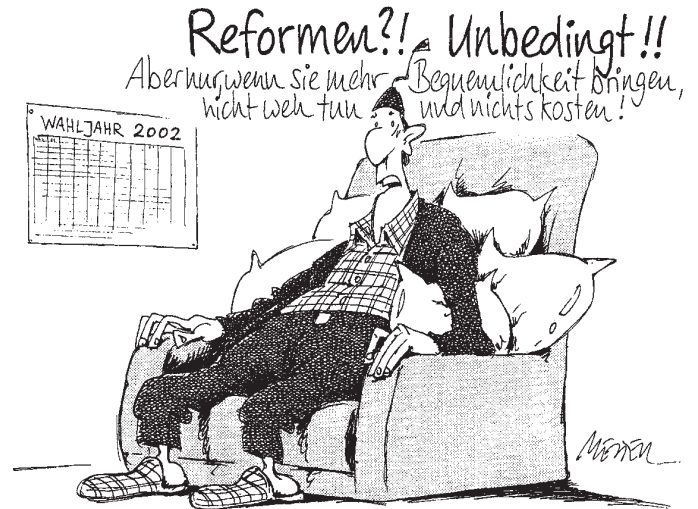
Viele ehemalige Stammwähler wurden so zu Wechselwählern: „Wähler sind keine zuverlässigen Bataillone der Parteien mehr, sondern flüchtige Wesen, die man mit viel Mühe von den Vorzügen der jeweils eigenen Partei überzeugen muss“ (Andreas Dörner und Ludgera Vogt; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B15-16/2002, S. 20).

Der Fachausdruck für dieses Wahlverhalten heißt *Volatilität* (von lateinisch *volare* = fliegen). Noch stärker als in der alten Bundesrepublik ist diese Volatilität bei den Wählerinnen und Wählern in den neuen Bundesländern zu beobachten. Ostwähler sind Wechselwähler. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung

**Die Mobilität hat zugenommen**

Die Gründe für diesen Wandel des Wählerverhaltens sind vielfältig. Die traditionellen Milieus haben sich weitgehend aufgelöst. Man wählt nicht mehr CDU oder CSU, weil man katholisch ist, und nicht mehr die SPD, weil man zum Arbeiterstand gehört und Mitglied einer Gewerkschaft ist. Die Menschen sind mobiler geworden: Man wechselt den Wohnsitz, die Automarke, den Beruf öfter und leichter als vor zwanzig oder dreißig Jahren. Die Neigung zum Experimentieren und Ausprobieren von Neuem ist gewachsen. Aber auch das Wertesystem hat sich gewandelt, und viele Bindungen sind lockerer geworden – auch die zu den politischen Parteien. Ein weiterer Grund für die Bereitschaft, einer anderen Partei die Stimme zu geben als bei den vorangegangenen Wahlen, ist darin zu sehen, dass die Parteien sich ähnlicher geworden sind. Die Lagerwahlkämpfe der fünfziger und sechziger Jahre gehören der Vergangenheit an. Die vielen Wechselwähler und die große Zahl der unentschlossenen Wähler machen auch Wahlprognosen immer schwieriger.

Nach: Die Zeit vom 5. Februar 2002, S. 3



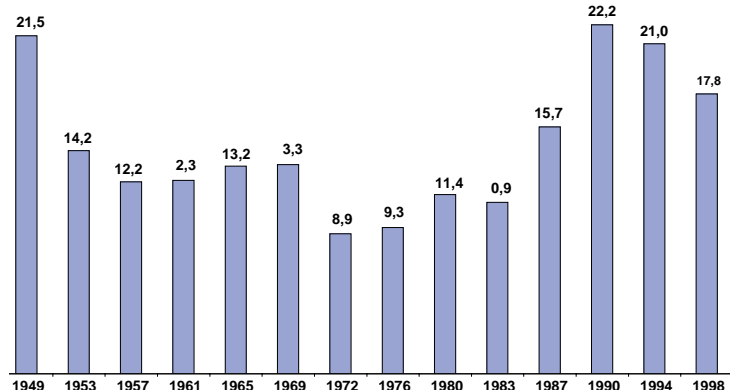
Zeichnung: Mester, Stuttgarter Zeitung vom 14. Januar 2002, S. 1

meinte schon am 7. Februar 2002: „Sie zögern nicht, heute dieser, morgen jener Partei die Stimme zu geben oder gar nicht wählen zu gehen.“ Sie neigen zum „Sofortismus“, meinte die Stuttgarter Zeitung nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt.

Viele Wählerinnen und Wähler treffen heute ihre Wahlentscheidung oftmals erst ganz kurz vor dem Urnengang. Welche Partei gewählt wird, hängt dann mehr als früher von aktuellen Ereignissen und Stimmungen oder vom augenblicklichen Erscheinungsbild der Kandidaten und ihrer Parteien ab. Überraschende und spektakuläre „Events“ geben häufig den Ausschlag für die Stimmabgabe. Nicht Parteiprogramme und feste Parteibindungen sind gefragt, sondern die Kampagnefähigkeit der konkurrierenden Parteien. „Punktgenaue Botschaften, von politischen Entertainern in professionellen Kampagnen immer kürzer vor Wahlen in Szene gesetzt, können deshalb verblüffende Ergebnisse erzielen“, schrieb Fritz Goergen schon im Dezember 2000 im „Focus.“

Wählerinnen und Wähler sind als Medienkonsumenten gewohnt, den Kanal zu wechseln, wenn das Programm ihnen nicht gefällt oder sie langweilt. Sogar ihrer eigenen Mitglieder sind sich die Parteien bei den Wahlen nicht mehr sicher.

### Die Volkspartei der Nichtwähler



Grafik: Rösch

## Erst- und Jungwähler

Die Wahlforscher sind der Meinung, dass vor allem die Wählerinnen und Wähler zwischen 18 und 25 Jahren sich immer mehr von der Parteiendemokratie entfernen und deshalb dazu neigen, gar nicht zu den Wahlen zu gehen. „Politik ist out. Nie war das Interesse an Politik so gering wie bei den heutigen Jugendlichen“ (Katja Köhler; Esslinger Zeitung vom 3. April 2002). Die Parteien erreichen viele junge Menschen weder mit ihrer „Streitkultur“, die sich häufig auf persönliche Verunglimpfungen (Negativkampagnen) beschränkt, noch mit umfangreichen Wahlprogrammen, deren Versprechungen nach den Wahlen oft rasch in Vergessenheit geraten. Parteispendenaffären und Korruptionsfälle werden von Jugendlichen als Zeichen von Werteverlust und Selbstbedienung der Politiker – unzulässig – verallgemeinert und dem parlamentarischen System als solchem angelastet.

Der Verzicht auf die Ausübung des Wahlrechts bedeutet aber, dass die Erst- und Jungwähler das wichtigste Angebot des demokratischen Systems ausschlagen, die eigene Zukunft mitbestimmen zu können, und so das Feld kampfflos anderen überlassen.

## Neue Wahlkampfstrategien

Die Parteien passen sich an die neue Situation an. Aufwändige Wahlkampforganisationen, denen die erfolgreiche „Kampa“ der SPD von 1998 zum Vorbild dient, entwerfen zusammen mit kommerziellen Werbefirmen neue, bunte und professionelle Wahlkampagnen. Entertainment und Politik werden zu einem untrennbaren Ganzen verflochten; eindrucksvolle Inszenierungen sollen Kandidaten und ihre jeweilige Partei möglichst attraktiv machen. Der Wahlkampf wird zum Medienereignis. Emotionale und ästhetische Elemente drängen programmatische Aussagen und den Wettstreit um die bessere Politik in den Hintergrund. „Parteiprogramme spielen keine Rolle mehr“ (Franz Walter; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 10/2001). Talkshows, Parteitage als Events, Kandidatenplakate ohne jeden Text oder PartEIFeste mit ausgedehntem Unterhaltungsteil treten an die Stelle früherer Informations- und Diskussionsveranstaltungen. Eine anspruchsvolle Auseinandersetzung um wirkungsvolle politische Strategien zur Zukunftsbewältigung findet kaum noch statt.

Die Parteien verstärken so die in weiten Teilen der Wahlbevölkerung vorgefundene Konsumentenhaltung und das Bedürfnis, durch den Wahlkampf in erster Linie unterhalten zu werden. Freilich laufen sie dabei Gefahr, ihren eigenen Charakter einzubüßen. Werden sie damit nahezu austauschbar?

### Nachbestellungen dieses Heftes:

E-Mail: [service@verlag-weinmann.com](mailto:service@verlag-weinmann.com)  
Telefax: (0711) 70 01 53-10

## 6. Was könnte man anders machen?

In der folgenden Zusammenstellung finden Sie eine Reihe von Reformvorschlägen für die Bundestagswahlen. Wählen Sie drei aus, die Ihnen besonders wichtig und sinnvoll erscheinen, und begründen Sie jeweils Ihre Entscheidung. Kreuzen Sie dann drei weitere an, die Sie für besonders unnötig halten und geben Sie auch hier jeweils eine Begründung.

- ❶ Die Wählerinnen und Wähler – nicht aber die Delegiertenversammlungen – der Parteien sollen in einer Art „Vorwahlen“ über die Zusammensetzung der Landeslisten der einzelnen Parteien entscheiden.
- ❷ Wie bei der Landtagswahl soll es auch bei den Bundestagswahlen nur eine Stimme geben, mit der man die Liste einer Partei wählen kann.
- ❸ Für Überhangmandate ist den übrigen Parteien ein angemessener Ausgleich zu gewähren.
- ❹ Die Fünf-Prozent-Klausel soll abgeschafft werden.
- ❺ Die Zahl der Direktmandate soll durch eine Verkleinerung der Wahlkreise erhöht, die Zahl der aufgrund der Zweitstimmen (Listenwahl) in den Bundestag entsandten Abgeordneten entsprechend vermindert werden.
- ❻ Statt der persönlichen Stimmabgabe im Wahllokal bzw. der Briefwahl ist die „Abstimmung per Mausclick“, die man zuhause erledigen kann, einzuführen.
- ❼ Die Legislaturperiode des Bundestags soll auf fünf Jahre erhöht werden.
- ❽ Alle Wahlen in Deutschland (Europawahl, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen) sind am selben Tag durchzuführen.
- ❾ Das Wahlalter soll von 18 auf 16 Jahre herabgesetzt werden.
- ❿ Familien mit Kindern sollen mehr Stimmen abgeben dürfen als Ehepaare oder Einzelpersonen ohne Kinder.
- ⓫ Der Bundestag soll von 598 Abgeordneten auf 300 Abgeordnete verkleinert werden.
- ⓬ Ein Abgeordneter sollte nur ein Mal wieder gewählt werden können: zwei Legislaturperioden sind genug.
- ⓭ Das Verhältniswahlrecht (und damit die Zweitstimme) sollte abgeschafft und durch ein reines Mehrheitswahlrecht ersetzt werden.
- ⓮ Der Bundeskanzler sollte nicht durch den Bundestag, sondern vom Volk direkt gewählt werden.

## 7. Worum geht es?

Inzwischen haben alle im Bundestag vertretenen Parteien ihre Wahlprogramme verabschiedet. Da diese Programme für einen Abdruck viel zu umfangreich sind, wurden zentrale Punkte ausgewählt. Orientiert haben wir uns ferner an Reden, Interviews und Erklärungen von führenden Vertretern der einzelnen Parteien. Die Übersicht bietet sich auch dazu an, über die Bildung möglicher Koalitionen nachzudenken.

### Die SPD will

- eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden
- eine weitere „Sanierung der Staatsfinanzen“, also eine sparsame Ausgabenpolitik und weitgehender Verzicht auf Steuersenkungen
- mehr Steuergerechtigkeit: Senkung des Einkommenssteuersatzes auf 15 Prozent und des Spitzensteuersatzes auf 42 Prozent
- keine weitere Benzinpreiserhöhung durch die Ökosteuern
- eine verstärkte Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht;
- die Förderung des Mittelstandes durch den Aufbau einer „Mittelstandsbank“ des Bundes
- eine Verbesserung der Qualifizierungsmaßnahmen gegen Arbeitslosigkeit („Job-Aktiv-Gesetz“)
- die Aufrechterhaltung des Kündigungsschutzes und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- die Beibehaltung des reformierten Betriebsverfassungsgesetzes und des Flächentarifvertrags
- die Ersetzung der Arbeitslosenhilfe durch eine neue Einrichtung, die auch für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger gelten soll (aber keine Absenkung der Leistungen für Arbeitslose auf Sozialhilfeniveau)
- die Sicherung der medizinisch notwendigen Versorgung für alle
- eine weitere Erhöhung des Kindergeldes
- mehr Kinderbetreuungseinrichtungen und mehr Ganztagschulen
- eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- den Solidarpakt und die Investitionsförderung in den neuen Bundesländern fortsetzen (einschließlich Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)
- die weitere Flexibilisierung bei der Lebensarbeitszeit und der Teilzeitarbeit
- die Erhaltung der allgemeinen Wehrpflicht
- die Aufnahme von Volksbegehren und Volksentscheiden in das Grundgesetz.

### CDU und CSU wollen

- eine große Steuerreform mit Steuerentlastungen für alle durch Senkung der Steuersätze auf durchschnittlich 20 Prozent (Einkommenssteuersatz unter 15 Prozent, Spitzensteuersatz unter 40 Prozent)
- die endgültige Abschaffung der Vermögenssteuer
- die Einschränkung von Steuerbefreiungen
- eine Aussetzung der für 2003 geplanten letzten Stufe der Ökosteuern
- mittelfristig die Senkung der Staatsquote auf unter 40 Prozent

- den Rückzug des Staates auf seine Kernaufgaben
- die Schaffung von mindestens 700 000 neuen Arbeitsplätzen, vor allem durch die völlige Entlastung der Minijobs (bis 400 Euro)
- die Subventionierung von Niedriglohn-Jobs
- die teilweise Rücknahme der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes
- die Aufhebung des Gesetzes gegen Scheinselbstständigkeit
- eine Offensive für Selbstständigkeit, Existenzgründung und Mittelstand
- mehr Eigenvorsorge in der Krankenversicherung durch die Einführung einer Wahlmöglichkeit (unterschiedliche Beiträge, unterschiedliche Leistungen)
- die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe
- höhere staatliche Investitionen in Infrastruktur und Bildung
- eine „aktive Bürgergesellschaft“ mit mehr Eigeninitiative und gesellschaftlichem Engagement
- mehr Betreuungsangebote wie Kinderkrippen, Horte, Kindergärten und Ganztagschulen
- statt des Kinder- und Erziehungsgeldes ein Familiengeld (zwischen 150 und 600 Euro je Kind)
- die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht
- eine wirkungsvolle Begrenzung der Zuwanderung
- die Ablehnung von Volksentscheiden auf Bundesebene.

### Die Grünen wollen

- eine Fortsetzung und Steigerung der ökologischen Modernisierung Deutschlands
- eine Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien an der Stromversorgung
- die Fortsetzung der Ökosteuern
- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- die Einführung einer Spekulationssteuer zur Eindämmung internationaler Devisenspekulationen
- eine Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe
- die Einbeziehung von Selbstständigen und Beamten in die Sozialversicherungen
- die Subventionierung der Beiträge zur Sozialversicherung bei Geringverdienenden
- eine „Kindergrundsicherung“: bessere staatliche Leistungen für Kinder und stärkere Förderung einkommensschwacher Familien und Alleinerziehender
- die Gleichstellung von Frauen in der Privatwirtschaft
- den Ausbau der Ganztagesbetreuung für Kinder bis 14 Jahre
- die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht
- die Verankerung von Volksbegehren und Volksentscheid im Grundgesetz
- eine großzügige Zuwanderungspolitik
- den Ausbau des ökologischen Landbaus
- die Legalisierung „weicher“ Drogen (Hassisch).

### Die FDP will

- milliardenschwere Steuerentlastungen und eine drastische Vereinfachung des Steuer-

- rechts (dreistufiges Steuermodell statt der komplizierten Einkommensteuer)
- die einheitliche Besteuerung aller Einkünfte und die endgültige Abschaffung der Vermögenssteuer
- mittelfristig die Senkung der Staatsquote auf ein Drittel des Sozialprodukts (heute etwa 50 Prozent)
- den Abbau von Steuerbegünstigungen und Subventionen
- eine steuerliche Entlastung der Familien
- die Abschaffung der Ökosteuern
- eine verstärkte Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der Tarifpolitik (betriebliche Vereinbarungen statt Flächentarifverträge)
- den Ausbau der Marktwirtschaft
- einen „radikalen Kurswechsel in der Mittelstandspolitik“
- die Fortsetzung der Privatisierung bisher öffentlicher Unternehmen
- die spürbare Verringerung der Lohnnebenkosten
- eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und eine Verkürzung des Anspruchs auf Arbeitslosenhilfe
- eine Intensivierung der privaten und individuellen Eigenvorsorge
- eine Verbesserung des Betreuungsangebots für Kinder: Kindertageseinrichtungen, Betriebskindergärten, Schulhorte, Förderung privater Initiativen zur Kinderbetreuung
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- den Ausbau der Bio- und Gentechnologie
- die sofortige Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht
- eine an den wirtschaftlichen Bedürfnissen Deutschlands orientierte Zuwanderungspolitik.

### Die PDS will

- eine stärkere Beteiligung von großen Vermögen und Erbschaften an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben
- die Einführung einer Spekulationssteuer
- keine „Sanktionen“ gegen Arbeitslose
- eine Grundsicherung für Arbeitslose (keine Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe)
- die Einbeziehung der Selbstständigen und Beamten in die gesetzlichen Sozialversicherungen
- die Begrenzung der Wochenarbeitszeit, insbesondere in den neuen Bundesländern (bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich)
- den Vorrang des Flächentarifvertrags gegenüber betrieblichen Vereinbarungen
- den Ausbau der öffentlich geförderten Beschäftigung
- die Umwandlung der Überstunden in neue Arbeitsplätze
- eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote und die Gleichstellung der Frauen in der Privatwirtschaft
- eine Verbesserung der sozialen Dienste
- höhere staatliche Ausgaben für Kindertagesstätten, Schulen und Ausbildung sowie für Wissenschaft, Forschung und Kultur
- die sofortige Aussetzung und die mittelfristige Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht
- die Intensivierung des „Aufbaus Ost“.

## Zwei Profis kämpfen ums Kanzleramt

Bei Bundestagswahlen geht es nicht nur um Programme und Leistungsbilanzen, sondern immer auch um die Entscheidung darüber, wer in das Kanzleramt einziehen soll. Bundestagswahlen sind zu einem großen Teil auch Kanzlerwahlen.

Nachdem Angela Merkel (CDU) im Januar 2002 auf den Anspruch, Kanzlerkandidatin der Unionsparteien zu werden, verzichtet und den bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (CSU) als Herausforderer Schröders vorgeschlagen hat, stehen sich im Wahlkampf zwei erfolgreiche und taktisch versierte Politiker gegenüber: Gerhard Schröder und Edmund Stoiber. Beide bringen Pluspunkte in der Wählergunst auf die Waage; Stoiber trauen die Wählerinnen und Wähler eher zu, mit der Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Problemen fertig zu werden; Schröder liegt dagegen bei Umfragen in der Beliebtheitskala weit vor Stoiber. „Prinzipiell ... gilt, dass den beiden eher ihre Ähnlichkeiten Kopfzerbrechen bereiten dürften, als das was sie trennt: Beide kennt man schon lange, beide sind Profis, die ihre Erfahrung in der Landespolitik sammelten... Sie sind „Modernisierer“, die nicht als Neoliberale gelten möchten... [Stoibers] Staatsinterventionismus ist so ausgeprägt wie der Schröders, vom gemeinsamen Faible für die Autoindustrie ganz abgesehen“ (Günter Hofmann; Die Zeit vom 17. Januar 2001, S. 3).

**Gerhard Schröder** war bis zum erdrutschartigen Wahlsieg der SPD bei der Bundestagswahl 1998 Ministerpräsident von Niedersachsen. Sein politischer Ehrgeiz und sein Durchsetzungsvermögen, wenn es um Machtfragen geht, sind unbestritten. Er verfügt über ein sehr feines Gespür für demoskopische Veränderungen und über die Gabe, sich neuen Situationen rasch und ohne Skrupel anzupassen. Die SPD verfügt zurzeit über keine Führungspersönlichkeit, die ihm ebenbürtig wäre. Sein Bestreben, alle schwierigen Probleme zur „Chefsache“ zu machen, ist beinahe sprichwörtlich geworden. Freilich ist die Bilanz seiner fast vierjährigen Kanzlerschaft ambivalent: Obwohl in dieser Zeit einige wichtige Reformen verwirklicht worden sind, ist es ihm weder gelungen die Arbeitslosigkeit spürbar zu senken, noch kann er nennenswerte Erfolge bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation Ostdeutschlands vorweisen. Sein Renommee als Modernisierer hat darunter gelitten.



Zeichnung: Rolf Henn, Stuttgarter Zeitung vom 2. Februar 2002, S. 1

Gerhard Schröder hat Jura studiert, er ist 57 Jahre alt und ein Fan von Borussia-Dortmund.

**Edmund Stoiber** kann mit einer erfolgreichen Politik als bayerischer Ministerpräsident Punkte sammeln. Zudem hat er sich, seit er die Leitung der bayerischen Regierung übernommen hat, mit spektakulären Landtagswahlsiegen der CSU als erfolgreicher Wahlkämpfer profiliert. Geschickt hat Edmund Stoiber alle Vorschläge, einen „Lagerwahlkampf“ zu führen, zurückgewiesen und setzt stattdessen auf einen Kompetenzwahlkampf. Stoibers Stärke liegt in einem ungeheuren Arbeitswillen und einem enormen Detailwissen; seine wirtschaftliche Kompetenz wird auch von seinen politischen Gegnern nicht bestritten. Seine Schwächen sind eine gewisse Sprödigkeit im Auftreten und die Gefahr, als bayerischer Provinzpolitiker abgestempelt zu werden. Auch Wahlkampfstrategen der CSU schätzen Stoibers „Verkaufstalent“ in den Medien niedriger ein als das des „Medien-Kanzlers“ Gerhard Schröder. Im Wahlkampf fiel eine große Zurückhaltung bei der Darstellung der eigenen Positionen zu zentralen politischen Fragen auf.

Edmund Stoiber hat Jura studiert und ist 60 Jahre alt. Er ist begeisterter Anhänger des FC Bayern München.

Zeichnung: Skott/Die Welt vom 8. Mai 2002



## 8. Unser Wahlquiz 2002

Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie wissen nicht, wie die Bundestagswahl ausgeht? Wir auch nicht. Aber wir machen Ihnen ein Angebot: Nehmen Sie es mit den Instituten auf, schicken Sie uns Ihren Wahltipp und gewinnen Sie einen unserer attraktiven Preise. Einfach diese Seite kopieren und bis 21. September 2002 einsenden. Online-Tipps unter der Adresse:

[www.wahl-baden-wuerttemberg.de](http://www.wahl-baden-wuerttemberg.de)

Sie wollen sich noch schlauer machen? Dann:

[www.wahlrecht.de/umfragen](http://www.wahlrecht.de/umfragen)

### Teilnahmebedingungen

Bei gleichen Rangplätzen entscheidet das Los. Eine Auszahlung der Preise in bar ist nicht möglich. Voraussetzung für die Teilnahme an der Studienreise ist grundsätzlich die Volljährigkeit; bei minderjährigen Preisträgern bemühen wir uns um ein gleichwertiges Ersatzangebot. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

## Die Preise für Hobby-Demoskopen

### 1. bis 5. Preis:

**Teilnahme an einer Studienreise nach Berlin** von einer Woche Dauer im Wert von rund 500 Euro

### 6. bis 30. Preis:

**Baden-Württemberg, Vielfalt und Stärke der Regionen.** Ein repräsentatives Buch mit 400 Seiten und vielen farbigen Abbildungen im Wert von 15 Euro

### 31. bis 40. Preis:

**Amitié sans Frontières – Freundschaft ohne Grenzen:** ein deutsch-französisches Würfel-Reisenspiel im Wert von 12,50 Euro

### 41. bis 50. Preis:

**Horizonte:** ein Frage- und Antwortspiel im Wert von 7,50 Euro

### 51. bis 100. Preis:

**Politische Landeskunde Baden-Württemberg** mit 110 Seiten und vielen Fotos und Grafiken, weitere attraktive Buch- und Sachpreise und mindestens ein Grundgesetz im Liliput-Format

Bitte einsenden an: Wahlquiz 2002, Landeszentrale für politische Bildung, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart

## Meine persönliche Wahlprognose 2002

SPD ..... %

CDU/CSU ..... %

Grüne ..... %

FDP ..... %

PDS ..... %

SONSTIGE ..... %

SUMME 100 %

Dieser Wahltipp stammt von

Vorname \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Geburtstag: \_\_\_\_\_

**IMPRESSUM:** P&U-aktuell wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben und erscheint in unregelmäßiger Folge als Ergänzung zur Zeitschrift POLITIK & UNTERRICHT.

Direktor der Landeszentrale: Dr. h. c. Siegfried Schiele

Redaktion: Otto Bauschert

Autor dieser Ausgabe: Prof. Gerhart Maier, Esslingen

Anschrift der Redaktion: Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart

Fax 0711 / 16 40 99-77; E-Mail: [sylvia.roesch@lpb.bwl.de](mailto:sylvia.roesch@lpb.bwl.de)

Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1,

78050 Villingen-Schwenningen

Druck: Baur-Offset GmbH & Co., Lichtensteinstr. 76,

78056 Villingen-Schwenningen

### Nachbestellungen dieses Heftes:

E-Mail: [service@verlag-weinmann.com](mailto:service@verlag-weinmann.com)

Telefax: (0711) 70 01 53-10